

Beschlossen auf dem Bundeskoordinierungstreffen vom 24. - 26. Mai 2013 in Nürnberg:

E1_1/13 Uni goes Blockupy unterstützen.

Vom 30. Mai bis zum 01. Juni finden in Frankfurt / Main die Blockupy-Proteste statt.

Blockupy ist der Versuch, den Protest gegen die aktuelle Krisenpolitik in Europa mit grundlegender Kapitalismuskritik zu verbinden. Tausende Menschen werden auch in diesem Jahr die Europäische Zentralbank und andere Krisenakteure mit zivilem Ungehorsam lahmlegen. Auch viele Studierende werden an den Protesten teilnehmen.

Denn:

Auch an der Uni sehen wir die Auswirkungen der Ideologie, die zur Krise geführt hat. Die Verwertungslogik des Marktes bestimmt zunehmend Forschung und Lehre an Hochschulen. Kritische Wissenschaft wird immer mehr marginalisiert. Hochschulen werden massiv kaputtgespart und Studierende sehen sich mit zunehmend größeren sozialen Unsicherheiten konfrontiert. Besonders in Spanien und Griechenland entsteht dadurch eine Generation der Perspektivlosigkeit.

Uni goes Blockupy ist ein Bündnis aus hochschulpolitisch aktiven Gruppen, das sich zu Beginn dieses Jahres in Berlin gegründet hat. Ziel ist es, Studierende nach Frankfurt zu mobilisieren und eine kritische Perspektive auf Bildung in der Krise zu eröffnen. Dazu werden vor und nach Blockupy Veranstaltungen, Diskussionen und Aktionen organisiert.

Als sozialistischer Richtungsverband sind die Juso-Hochschulgruppen mit den Protesten in Frankfurt und dem Bündnis Uni goes Blockupy solidarisch. Den untenstehenden Aufruf unterstützen sie und fordern alle Mitglieder auf, sich an den Protesten zu beteiligen.

Wir sind ein Zusammenschluss von hochschulpolitisch aktiven Gruppen. Wir wollen uns vor, während und nach Blockupy kritisch und tätig mit den Ursachen der Krise auseinandersetzen. Wir analysieren die Auswirkungen der Krise auf das Bildungssystem, ohne dabei grundsätzliche Fragen zu vernachlässigen.

Ist es nötig, dass nur noch gelehrt und geforscht wird, was von wirtschaftlichem Interesse ist?

Willst du akzeptieren, dass unter diesen Bedingungen dein Stundenplan von anderen bestimmt wird?

Willst du ein System unterstützen, das dich nach abgeschlossenem Studium zur

Langzeitpraktikantin macht, die nur mit Glück eine befristete Stelle erhält.

Denkst du, dass Bildung ein Menschenrecht sein sollte?

Deine Miete steigt und du fragst dich nach den Gründen?

BILDUNG IN DER KRISE

Weißt du, wie es in anderen Ländern aussieht?

In Großbritannien wurden die Studiengebühren so massiv erhöht, dass viele nur studieren können,

wenn sie danach ein Leben lang Kredite abbezahlen. In Spanien ist mehr als ein Drittel der Jungakademiker_innen arbeitslos, und wer einen Job hat, verdient durchschnittlich nicht mehr als 1000 Euro. In Griechenland werden Universitäten privatisiert oder gleich ganz geschlossen, während Schüler_innen im Unterricht vor Hunger zusammenbrechen.

DER KERN DES PROBLEMS

Das alles passiert nicht zufällig, sondern hat eine gemeinsame Ursache: Entscheidungen, die zugunsten von Kapitalinteressen getroffen werden. Nichts anderes ist die europäische Krisenpolitik, in der Milliarden dafür ausgegeben werden, Banken zu retten, aber gleichzeitig bei Sozial- und Bildungsausgaben massiv gekürzt wird - besonders auf den Druck Deutschlands. Demokratische Grundsätze missachtend werden Entscheidungen gefällt, die am Ende Menschen treffen, die dabei nie ein Mitspracherecht hatten.

WAS TUN?

Wir wollen uns dieser Politik nicht beugen. Einer Politik die europaweit soziale Sicherungs- und Bildungssysteme kaputtspart stellen wir uns entschlossen entgegen. Als Studis kämpfen wir gemeinsam gegen die Sparpolitik der Troika. Unsere Alternative heißt Solidarität. Solidarität mit Student_innen in ganz Europa und der ganzen Welt. Solidarität mit allen, die unter der Sparpolitik und dem Krisenmanagement leiden. Wir lassen uns nicht vereinzeln durch Wettbewerbsdruck, Konkurrenzkampf und Nationalismus. Weder an der Uni, noch anderswo. Um das zu zeigen fahren wir nach Frankfurt zu den Blockupy- Aktionstagen. Dorthin, wo die EZB ihren Sitz hat, die mit ihrer Politik die Krise massiv verstärkt. Dort werden wir unseren Protest mit Menschen aus ganz Europa auf die Straße bringen. Nationalistische Thesen hetzen uns nicht gegeneinander auf. Unser Europa wird solidarisch von unten aufgebaut. Wir wollen unseren Protest aus den Universitäten nach Frankfurt tragen, weil wir diese Missstände an der Uni nicht angreifen können, ohne uns gegen die Krisenpolitik und das dahinterstehende kapitalistische System zu wenden.